

22.01.93

In - Fz 29 Seiten

Gesetzesbeschluß
des Deutschen Bundestages

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund
und Ländern 1992
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1992 - BBVAnpG 92)

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 135. Sitzung am
22. Januar 1993 aufgrund der Beschlußempfehlung und
des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß) - Druck-
sache 12/4165 - den von der Bundesregierung eingebrachten

**Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst-
und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1992**
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1992 — BBVAnpG 92)

- Drucksache 12/3629 -

in der nachstehenden Fassung angenommen:

Fristablauf: 12.02.93
Erster Durchgang: Drs. 508/92

**Gesetz über die Anpassung von Dienst-
und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1992
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1992 — BBVAnpG 92)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

TEIL 1

**Anpassung von Dienst- und Versorgungs-
bezügen in Bund und Ländern**

Artikel 1

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 1992 (BGBl. I S. 409), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

Die Anlagen IV bis VI i, VIII und IX werden durch die Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 dieses Gesetzes ersetzt.

Artikel 2

Anpassung von Bezügen

Abschnitt 1

Prozentuale Anpassung

§ 1

Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften

- (1) Um 5,4 vom Hundert werden erhöht die
1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
 2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkungen Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
 - b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
 3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter

mit Wirkung vom 1. Mai 1992 für die Empfänger von Dienstbezügen der Besoldungsgruppen A 1 bis A 12 oder vergleichbarer Besoldungsgruppen, mit Wirkung vom 1. Juni 1992 für die Empfänger von Dienstbezügen der Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 und der Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen B, C und R oder vergleichbarer Besoldungsgruppen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 2

Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Absatz 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 1 erhöhten Sätze.

48/93

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung in sinnvoller Anwendung des § 1 Abs. 1 erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(6) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Zulage nach den Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 oder 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder nach Nummer 2b der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung C oder nach Nummer 1a der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Zulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes.

(7) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, werden um 5,3 vom Hundert ab 1. Mai 1992 erhöht, wenn sich die Versorgung aus den Besoldungsgruppen A 1 bis A 12 berechnet. Entsprechendes gilt für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind und die nicht mehr als 4 146,32 Deutsche Mark betragen. Für Hinterbliebene ist der anteilige Betrag zugrunde zu legen. In den übrigen Fällen erfolgt die Erhöhung ab 1. Juni 1992. Entsprechendes gilt für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(8) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 74,86 Deutsche Mark, wenn ihren Versorgungsbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Besoldungsordnungen A und B nicht zugrunde liegt.

§ 3

Ausgleichsregelung

Auf die Verbesserungen der Versorgungsbezüge, die sich aus der zusätzlichen Anhebung der Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 und der Zugrundelegung der Besoldungsgruppe A 4 bei der Mindestversorgung durch das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1991 vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 266) ergeben, ist Artikel 2 § 2 Abs. 1 Satz 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes nicht anzuwenden. Entsprechendes gilt für Artikel 3 § 3 Abs. 2 Satz 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes.

Abschnitt 2

Einmalige Zahlung

§ 4

Voraussetzungen

Eine einmalige Zahlung nach Maßgabe des § 5 erhalten die am 1. Mai 1992 vorhandenen Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 12, im Krankenpflegedienst bis Besoldungsgruppe A 13, und Anwärter, wenn sie während der Zeit von Januar bis April 1992 Bezüge aus einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) erhalten haben.

§ 5

Beträge

(1) Die einmalige Zahlung beträgt für Empfänger von Dienstbezügen aus Ämtern der Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 und des Krankenpflegedienstes

750 Deutsche Mark

sowie der Besoldungsgruppen A 10 bis A 12

600 Deutsche Mark;

soweit Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345) zustehen, beträgt die einmalige Zahlung für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 und die Ämter des Krankenpflagedienstes

450 Deutsche Mark

sowie für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 12

360 Deutsche Mark.

Bestand der Anspruch auf Dienstbezüge nicht für die gesamte in § 4 genannte Zeit, so wird für jeden Kalendermonat mit Anspruch auf Dienstbezüge, für den Monat April nur, wenn der Anspruch für den vollen Monat bestand, ein Viertel der einmaligen Zahlung gewährt; bestand in einem Monat Anspruch auf Anwärterbezüge, so entfällt der Anspruch auf das Viertel der einmaligen Zahlung für diesen Monat.

(2) Teilzeitbeschäftigte Empfänger von Dienstbezügen erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Beurlaubte Empfänger von Dienstbezügen erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 1 bis 5 sind die Verhältnisse am 2. Januar 1992. Soweit ein Anspruch auf Dienstbezüge später entstanden ist, sind die Verhältnisse am Tag der Entstehung des Anspruchs maßgebend.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend für Bezüge aus einem hauptberuflichen Arbeitsverhältnis bei einem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber; an die Stelle der in Absatz 1 genannten Besoldungsgruppen treten die vergleichbaren Vergütungsgruppen.

§ 6

Versorgungsempfänger

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. Mai 1992 vorhandenen Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen aus den Besoldungsgruppen A 1 bis A 9, im Krankenpflagedienst bis Besoldungsgruppe A 13, in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilsätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 750 Deutsche Mark ergibt; für Versorgungsempfänger aus den Besoldungsgruppen A 10 bis A 12 tritt an die Stelle von 750 Deutsche Mark der Betrag von 600 Deutsche Mark. Für Versorgungsempfänger nach § 1 Abs. 1 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung in der Fassung vom 24. Juli 1991 (BGBl. S. 1709) sind die in § 5 Abs. 1 Satz 1 2. Halbsatz genannten Beträge maßgebend. Satz 1 gilt sinngemäß für die in § 2 Abs. 4 genannten Versorgungsempfänger.

(2) Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 2 Abs. 7 erhalten 450 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen 270 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld 90 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld 54 Deutsche Mark, wenn die zugrundeliegenden Versorgungsbezüge höchstens bis zu 3 230,33 Deutsche Mark betragen; betragen die zugrundeliegenden Versorgungsbezüge höchstens bis zu 4 146,32 Deutsche Mark, treten an die Stelle von 450 Deutsche Mark 360 Deutsche Mark, an die Stelle von 270 Deutsche Mark treten 216 Deutsche Mark, an die Stelle von 90 Deutsche Mark treten 72 Deutsche Mark und an die Stelle von 54 Deutsche Mark treten 43,20 Deutsche Mark. Bei Hinterbliebenen ist als Betrag der zugrundeliegenden Versorgungsbezüge

im Sinne des Satzes 1 der sich nach den Anteilsätzen des Witwen- und Waisengeldes ergebende anteilige Betrag anzusetzen.

(3) Voraussetzung für Leistungen nach Absätzen 1 und 2 ist, daß der Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen oder der Verstorbene, aus dessen Dienst- oder Versorgungsverhältnis sich der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung herleitet, für die Monate Januar bis April 1992 Dienstbezüge oder laufende Versorgungsbezüge erhalten hat; im übrigen gilt § 5 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 6 Satz 2 entsprechend. Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne der Absätze 1 und 2 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des 2. HStruktG. Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz; Absatz 2 ist im Falle der Gewährung von Mindestversorgung nicht anzuwenden. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 5 dieses Gesetzes.

§ 7

Zahlung

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Die einmalige Zahlung bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

Artikel 3

Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 519) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Nr. 1 wird der Betrag „4,00 Deutsche Mark“ durch den Betrag „4,25 Deutsche Mark“ ersetzt.
2. In § 19a wird der Betrag „1,92 Deutsche Mark“ durch den Betrag „2,03 Deutsche Mark“ ersetzt.
3. § 22 Abs. 3 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Sie finden ferner keine Anwendung auf Beamte und Soldaten, die als Pförtner oder Wächter tätig sind oder Auslandszuschlag (§ 55 des Bundesbesoldungsgesetzes) erhalten, oder die auf Schiffen und schwimmenden Geräten tätig sind, wenn die dadurch bedingte besondere Dienstplangestaltung bereits anderweitig berücksichtigt ist.“

Artikel 4**Änderung der Verordnung****über die Gewährung****von Mehrarbeitsvergütung für Beamte**

§ 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 528) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird

der Betrag "13,75 Deutsche Mark" durch den Betrag "14,69 Deutsche Mark",
der Betrag "15,65 Deutsche Mark" durch den Betrag "17,06 Deutsche Mark",
der Betrag "20,20 Deutsche Mark" durch den Betrag "22,77 Deutsche Mark" und
der Betrag "26,70 Deutsche Mark" durch den Betrag "30,82 Deutsche Mark" ersetzt.

2. In Absatz 3 werden

der Betrag "22,30 Deutsche Mark" durch den Betrag "23,55 Deutsche Mark",
der Betrag "27,70 Deutsche Mark" durch den Betrag "29,20 Deutsche Mark",
der Betrag "32,90 Deutsche Mark" durch den Betrag "34,70 Deutsche Mark" und
die Beträge "38,40 Deutsche Mark" jeweils durch den Betrag "40,50 Deutsche Mark" ersetzt.

Artikel 5**Änderung des Urlaubsgeldgesetzes**

Das Gesetz über die Gewährung eines jährlichen Urlaubsgeldes vom ..., zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:

"2. seit dem ersten allgemeinen Arbeitstag des laufenden Jahres ununterbrochen bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis steht oder gestanden hat."

2. In § 4 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „dreihundert“ durch das Wort „fünfhundert“ und das Wort „vierhundertfünfzig“ durch das Wort „sechshundertfünfzig“ ersetzt.

TEIL 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 6**Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes**

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 1992 (BGBl. I S. 409), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 26 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Nr. 3 und 4

werden jeweils die Worte "nach Absatz 1" durch die Worte "nach Absatz 1 oder nach Nummer 1" ersetzt.

b) In Absatz 5 Nr. 1 und 2

werden jeweils die Worte "Absatz 4 Nr. 2" durch die Worte "Absatz 4 Nr. 1 und Nr. 2" ersetzt.

2. Nach § 29 wird folgender § 30 eingefügt:

"§ 30

Nicht zu berücksichtigende Dienstzeiten

(1) Für die Gleichstellung von Bezügen nach § 28 Abs. 2 Satz 4 sind Zeiten einer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit oder das Amt für Nationale Sicherheit nicht zu berücksichtigen. Dies gilt auch für Zeiten, die vor einer solchen Tätigkeit zurückgelegt worden sind.

(2) Absatz 1 gilt auch für Zeiten einer Tätigkeit, die aufgrund einer besonderen persönlichen Nähe zum System der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik übertragen war. Das Vorliegen dieser Voraussetzung wird insbesondere widerlegbar vermutet, wenn der Beamte oder Soldat

1. vor oder bei Übertragung der Tätigkeit eine hauptamtliche oder hervorgehobene ehrenamtliche Funktion in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der Freien Deutschen Jugend oder einer vergleichbaren systemunterstützenden Partei oder Organisation innehatte, oder
2. als mittlere oder obere Führungskraft in zentralen Staatsorganen, als obere Führungskraft beim Rat eines Bezirkes, als Vorsitzender des Rates eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt oder in einer vergleichbaren Funktion tätig war, oder
3. hauptamtlich Lehrender an den Bildungseinrichtungen der staatstragenden Parteien oder einer Massen- oder gesellschaftlichen Organisation war oder
4. Absolvent der Akademie für Staat und Recht oder einer vergleichbaren Bildungseinrichtung war."

3. In § 36 wird die Angabe „§§ 27 und 28“ durch die Angabe „§§ 27, 28 und 30“ ersetzt.

4. § 38 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Richtergesetzes“ die Worte „oder an eine Tätigkeit als Richter oder Staatsanwalt nach dem Recht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder nach dem Einigungsvertrag Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 8 Buchstaben o und z“ eingefügt.

b) In Absatz 4 wird Satz 2 wie folgt gefaßt:
„§ 27 Abs. 3, § 28 Abs. 3 und § 30 gelten entsprechend“.

5. § 55 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

"Ist die Arbeitszeit beider Ehegatten jeweils auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit ermäßigt, erhält jeder Ehegatte Auslandszuschlag nach der Anlage VI a."

b) In Absatz 5 Satz 3 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

"Absatz 2 Satz 5 gilt entsprechend."

6. § 56 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

"§ 3 des Bundeskindergeldgesetzes und § 40 Abs. 6 Satz 3 finden entsprechende Anwendung."

7. In § 57 Abs. 3 Satz 3 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

"§ 6 findet keine Anwendung."

8. § 70 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Den Polizeivollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz wird Heilfürsorge gewährt; dies gilt auch während der Zeit einer Beurlaubung nach § 79 a Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes, sofern die Beamten nicht Anspruch auf Familienhilfe nach § 10 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch haben."

9. Nach § 79 wird folgender § 80 eingefügt:

"§ 80

Übergangsregelung für beihilfe-
berechtigte Polizeivollzugs-
beamte im Bundesgrenzschutz

Polizeivollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz, die am 1. Januar 1993 Beihilfe nach den Beihilfevorschriften des Bundes erhalten, wird diese weiterhin gewährt. Auf Antrag erhalten sie an Stelle der Beihilfe Heilfürsorge nach § 70 Abs. 2. Der Antrag ist unwiderruflich."

10. Die Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) wird wie folgt geändert:

a) In der Vorbemerkung ^{Nummer} 2 Abs. 1 Satz 2 werden

aa) nach den Worten "Bundesamt für Strahlenschutz" die Worte "Bundesanstalt für Arbeitsmedizin" eingefügt,

bb) nach den Worten "Bundesbahn-Zentralämter Minden und München" die Worte "Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere" eingefügt.

b) Die Vorbemerkung ^{Nummer} 5 a wird wie folgt geändert:

aa) In Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2 Buchstabe b wird jeweils nach der Angabe "A 12" das Komma gestrichen und folgender Satzteil angefügt:

"sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13,".

bb) In Absatz 1 Buchstabe c wird nach der Angabe "A 13" der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Satzteil angefügt:

"mit Ausnahme der Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13."

cc) In Absatz 2 Nr. 3 wird nach der Angabe "A 12" folgender Satzteil eingefügt:

"sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13".

- c) Nach der Vorbemerkung Nummer 8 c wird folgende neue Vorbemerkung Nummer 8 d eingefügt:

"8 d. Zulage für Beamte mit Aufgaben nach dem Asylverfahrensgesetz

(1) Beamte erhalten, wenn sie bei dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge oder bei einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende verwendet werden oder bei einer Ausländerbehörde überwiegend Aufgaben nach dem Asylverfahrensgesetz wahrnehmen, bis zum 31. Dezember 1994 eine Stellenzulage nach Anlage IX.

(2) Durch die Stellenzulage werden die mit dem Dienst allgemein verbundenen Erschwernisse und Aufwendungen mit abgegolten."

- d) In der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchst. b werden nach den Worten "des mittleren Krankenpflegedienstes," die Worte "des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten, des mittleren Feuerwehrdienstes," eingefügt.

- e) In Vorbemerkung Nummer 30 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe "6" durch die Angabe "6a" ersetzt.

- f) In der Besoldungsgruppe A 6 werden
- aa) die Amtsbezeichnungen "Kriminalhauptwachtmeister 1)", "Oberfeuerwehrmann 1)" und "Polizeihauptwachtmeister 1)" gestrichen,

- bb) die Fußnote 4 wie folgt neu gefaßt:
"4) Als Eingangsamt für die Laufbahn des Lebensmittelkontrolldienstes."

- g) In der Besoldungsgruppe A 7 werden

- aa) bei den Amtsbezeichnungen "Brandmeister" und "Polizeimeister" jeweils der Fußnotenhinweis "4)" angefügt,

- bb) bei der Amtsbezeichnung "Kriminalmeister" der Fußnotenhinweis "1)" durch den Fußnotenhinweis "4)" ersetzt,

- cc) bei der Amtsbezeichnung "Obersekretär" der Fußnotenhinweis "7)" und bei der Amtsbezeichnung "Oberwerkmeister" der Fußnotenhinweis "8)" angefügt,

- dd) folgende neue Fußnoten 7 und 8 angefügt:

"7) Als Eingangsamt für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten.

8) Als Eingangsamt für die Laufbahn des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten."

- h) In der Besoldungsgruppe A 13 werden

- aa) vor der Dienstgradbezeichnung "Major" die Dienstgradbezeichnungen "Stabshauptmann 15)" und "Stabskapitänleutnant 15)" eingefügt,

- bb) folgende neue Fußnote 15 angefügt:

"15) Für Funktionen in der Laufbahn des militärfachlichen Dienstes nach Maßgabe sachgerechter Bewertung für bis zu 2 v.H. der Gesamtzahl der für Hauptleute/Kapitänleutnante und für Stabshauptleute/Stabskapitänleutnante in dieser Laufbahn ausgebrachten Planstellen."

i) In der Besoldungsgruppe B 2 werden

aa) bei den Amtsbezeichnungen "Abteilungsdirektor, Abteilungspräsident" nach dem ersten Funktionszusatz der Fußnotenhinweis "5)" angefügt,

bb) folgende neue Fußnote 5 eingefügt:

"5) Führt als Leiter der Abteilung 1 (Vollzug) bei einem Grenzschutzpräsidium die Amtsbezeichnung 'Abteilungspräsident' mit dem Zusatz 'im Bundesgrenzschutz'."

j) In der Besoldungsgruppe B 3 werden

aa) nach der Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein" die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundesschuldenverwaltung" eingefügt,

bb) bei der Amtsbezeichnung "Direktor im Bundesgrenzschutz" der Funktionszusatz "- als der Ständige Vertreter des Kommandeurs eines Grenzschutzkommandos -" gestrichen und der Funktionszusatz "- als Kommandeur der Grenzschutzschule -" durch den Funktionszusatz "- als Leiter der Grenzschutzschule -" ersetzt,

cc) nach der Amtsbezeichnung "Vizepräsident" die Amtsbezeichnung "Vizepräsident bei der Bundeszentrale für politische Bildung" eingefügt,

k) In der Besoldungsgruppe B 4 werden

aa) die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundeszentrale für politische Bildung - als Mitglied des Direktoriums -" gestrichen,

bb) nach der Amtsbezeichnung "Vizepräsident" die Amtsbezeichnung "Vizepräsident der Bundesschuldenverwaltung" eingefügt.

l) In der Besoldungsgruppe B 6 werden

aa) die Amtsbezeichnung "Kommandeur im Bundesgrenzschutz - als Kommandeur eines Grenzschutzkommandos -" gestrichen,

bb) nach der Amtsbezeichnung "Präsident der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein" die Amtsbezeichnung "Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung" eingefügt,

cc) die Amtsbezeichnung "Präsident des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" gestrichen,

dd) die Amtsbezeichnung "Präsident des Bundesamtes für Finanzen" gestrichen,

ee) nach der Amtsbezeichnung "Präsident des Deutschen Wetterdienstes" die Amtsbezeichnung "Präsident eines Grenzschutzpräsidiums" eingefügt,

m) In der Besoldungsgruppe B 7 werden

aa) nach der Amtsbezeichnung "Präsident der Bundesakademie für Öffentliche Verwaltung" die Amtsbezeichnung "Präsident der Bundesschuldenverwaltung" mit dem Fußnotenhinweis "2)" eingefügt,

bb) nach der Amtsbezeichnung "Präsident des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst" die Amtsbezeichnung "Präsident des Bundesamtes für Finanzen" eingefügt,

cc) folgende Fußnote 2 eingefügt:
"2) Der am 1. August 1992 im Amt befindliche Stelleninhaber erhält weiterhin Dienstbezüge aus der Besoldungsgruppe B 8".

n) In der Besoldungsgruppe B 8 werden

aa) die Amtsbezeichnung "Präsident der Bundesschuldenverwaltung" gestrichen,

bb) nach der Amtsbezeichnung "Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" die Amtsbezeichnung "Präsident des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" eingefügt.

Artikel 7

Änderung der Verordnungen zu § 26 Abs. 4-Nr. 1 und § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes

1. Die Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1992 (BGBl. I S. 1595) wird wie folgt geändert:

a) In § 1 Nr. 1 und Nr. 2 werden jeweils die Worte "in den Besoldungsgruppen A 6/A 7 20 vom Hundert," gestrichen und die Worte "in der Besoldungsgruppe A 8 40 vom Hundert" durch die Worte "in den Besoldungsgruppen A 7/A 8 60 vom Hundert" ersetzt,

b) In § 1 Nr. 5 werden die Worte "in der Besoldungsgruppe A 6 10 vom Hundert" gestrichen und die Worte "in der Besoldungsgruppe A 7 40 vom Hundert" durch die Worte "in der Besoldungsgruppe A 7 50 vom Hundert" ersetzt.

2. Die Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1992 (BGBl. I S. 1597) wird wie folgt geändert:

In § 2 Nr. 6 werden die Worte "25 vom Hundert in der Besoldungsgruppe A 7" durch die Worte "35 vom Hundert in der Besoldungsgruppe A 7" ersetzt.

Artikel 8

Anderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung

Die Zweite Besoldungs-Übergangs-
verordnung vom 21. Juni 1991
(BGBl. I S. 1345), zuletzt geändert
durch (BGBl. I S.), wird
wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird Satz 3 ge-
strichen.
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach der
Angabe "Absatz 2" die Worte
"Satz 1 und 2" gestrichen.

2. In § 14 Abs. 3 wird die Angabe
"31. Dezember 1993" durch
die Angabe "31. Dezember 1994"
ersetzt.

Artikel 9

Anderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der
Bekanntmachung vom 24. Oktober 1990 (BGBl. I
S. 2298), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt
geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

In Abschnitt II wird nach § 12 eingefügt:

„§ 12a

Nicht zu berücksichtigende Zeiten“.

2. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

„§ 12a

Nicht zu berücksichtigende Zeiten

Zeiten, die nach § 30 des Bundesbesoldungsge-
setzes für das Besoldungsdienstalter nicht berück-
sichtigt werden, sind nicht ruhegehaltfähig.“

3. In § 14 Abs. 4 werden Satz 3 wie
folgt neu gefaßt und Satz 4 ange-
fügt:

"Die Mindestversorgung nach Satz 2
erhöht sich um sechzig Deutsche
Mark für den Ruhestandsbeamten und
die Witwe; Entsprechendes gilt für
Mindestversorgungsbezüge und Min-
destunfallversorgungsbezüge, die
am 31. Dezember 1991 zustanden. Der
Erhöhungsbetrag bleibt bei einer
Kürzung nach § 25 außer Betracht."

Artikel 10

Anderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der
Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 842),
zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. Nach § 24 wird folgender § 24a eingefügt:

„§ 24a

Zeiten, die nach § 30 des Bundesbesoldungsge-
setzes für das Besoldungsdienstalter nicht berücksichtigt
werden, sind nicht ruhegehaltfähig."

2. In § 26 Abs. 7 werden Satz 3 wie
folgt gefaßt und Satz 4 angefügt:

"Die Mindestversorgung nach Satz 2
erhöht sich um sechzig Deutsche Mark
für den Soldaten im Ruhestand und die
Witwe; Entsprechendes gilt für Min-
destversorgungsbezüge und Mindest-
unfallversorgungsbezüge, die am 31.
Dezember 1991 zustanden. Der Erhö-
hungsbetrag bleibt bei einer Kürzung
nach § 43 dieses Gesetzes in Verbin-
dung mit § 25 des Beamtenversorgungs-
gesetzes außer Betracht."

Artikel 11

Aenderung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes

Das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), zuletzt geändert durch wird wie folgt geändert:

In Artikel 2 § 2 werden nach Absatz 3 folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

"(4) Im Sinne der Absätze 1 und 3 beruht die Versorgung auch dann auf einem vor dem 1. Januar 1966 begründeten Beamtenverhältnis, wenn einem Beamtenverhältnis auf Zeit, aus dem ein Wahlbeamter in den Ruhestand getreten ist, ein vor dem 1. Januar 1966 begründetes Beamtenverhältnis in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang vorausgegangen war.

(5) Änderungen der Versorgungsbezüge, die sich auf Grund des vorstehenden Absatzes 4 ergeben, werden auf Antrag vorgenommen. Absatz 4 ist vom Ersten des Monats der Antragstellung an anzuwenden."

Teil 3

Übergangs- und Schlußvorschriften

Artikel 12

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 3, Artikel 4, Artikel 7 und Artikel 8 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1992 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. mit Wirkung vom 1. März 1991 Artikel 2 § 3 und Artikel 6 Nr. 1;
2. mit Wirkung vom 1. Dezember 1991 Artikel 6 Nr. 2 bis 4, Artikel 8 Nr. 1, Artikel 9 Nr. 1 und Nr. 2 und Artikel 10 Nr. 1;
3. mit Wirkung vom 1. Januar 1992 Artikel 1, soweit die Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes durch die Anlage 4 dieses Gesetzes ersetzt wird, und Artikel 6 Nr. 5, 6 und 7;

4. mit Wirkung vom 1. Juni 1992 Artikel 1, Artikel 2 §§ 1 und 2, Artikel 3, Artikel 4 soweit die Anlagen IV bis VI i und IX des Bundesbesoldungsgesetzes durch die Anlagen 1 bis 3 i und 5 dieses Gesetzes ersetzt werden und soweit Bezüge der Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 und der Bundesbesoldungsordnungen B, C und R geregelt werden;
5. mit Wirkung vom 1. August 1992 Artikel 6 Nr. 10 Buchstabe *j*, Doppelbuchstabe *cc*, Buchstabe *k* Doppelbuchstabe *aa* und Buchstabe *l* Doppelbuchstabe *bb*;
6. mit Wirkung vom 1. Oktober 1992 Artikel 1, soweit in der Anlage 5 dieses Gesetzes die Nummer 8 d eingefügt wird, Artikel 6 Nr. 10 Buchstabe *c*, Buchstabe *l* Doppelbuchstaben *cc* und Buchstabe *n* Doppelbuchstabe *bb*;
7. mit Wirkung vom 1. Januar 1993 Artikel 6 Nr. 8 und 9, Nr. 10 Buchstaben *d*, *f* und *g*,
Buchstabe *j* Doppelbuchstabe *aa*,
Buchstabe *k* Doppelbuchstabe *bb*,
Buchstabe *l* Doppelbuchstabe *dd*,
Buchstabe *m* und Buchstaben *n*
Doppelbuchstabe *aa* sowie
Artikel 7 ;
8. am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes Artikel 6 Nr. 10 Buchstaben *b*, *h*, *i*, Buchstabe *j*
Doppelbuchstabe *bb* und Buchstabe *l*
Doppelbuchstaben *aa* und *cc* sowie
Artikel 11.

Anlage 1 (Anlage IV des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besol- dungs- gruppe	Ordnungs- klasse 1954	Dienstaltersstufe															
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
A 1	II	1 394,79	1 443,07	1 491,35	1 539,63	1 587,91	1 636,19	1 684,47	1 732,75								
A 2		1 515,18	1 563,10	1 611,02	1 658,94	1 706,86	1 754,78	1 802,70	1 850,62								
A 3		1 611,72	1 662,70	1 713,68	1 764,66	1 815,64	1 866,62	1 917,60	1 968,58								
A 4		1 666,52	1 726,53	1 786,54	1 846,55	1 906,56	1 966,57	2 026,58	2 086,59								
A 5		1 686,44	1 749,88	1 813,32	1 876,76	1 940,20	2 003,64	2 067,08	2 130,52	2 193,96							
A 6		1 745,20	1 813,18	1 881,16	1 949,14	2 017,12	2 085,10	2 153,08	2 221,06	2 289,04	2 357,02						
A 7		1 857,03	1 925,76	1 994,49	2 063,22	2 131,95	2 200,68	2 269,41	2 338,14	2 406,87	2 475,60	2 544,33	2 613,06				
A 8		1 941,13	2 023,34	2 105,55	2 187,76	2 269,97	2 352,18	2 434,39	2 516,60	2 598,81	2 681,02	2 763,23	2 845,44	2 927,65			
A 9	Ic	2 085,33	2 162,94	2 243,82	2 325,33	2 408,35	2 490,82	2 589,29	2 679,76	2 770,23	2 860,70	2 951,17	3 041,64	3 132,11			
A 10		2 283,45	2 395,86	2 508,27	2 620,68	2 733,09	2 845,50	2 957,91	3 070,32	3 182,73	3 295,14	3 407,55	3 519,96	3 632,37			
A 11		2 660,28	2 775,46	2 890,64	3 005,82	3 121,00	3 236,18	3 351,36	3 466,54	3 581,72	3 696,90	3 812,08	3 927,26	4 042,44	4 157,62		
A 12		2 897,58	3 034,91	3 172,24	3 309,57	3 446,90	3 584,23	3 721,56	3 858,89	3 996,22	4 133,55	4 270,88	4 408,21	4 545,54	4 682,87		
A 13	Ib	3 282,85	3 431,14	3 579,43	3 727,72	3 876,01	4 024,30	4 172,59	4 320,88	4 469,17	4 617,46	4 765,75	4 914,04	5 062,33	5 210,62		
A 14		3 379,13	3 571,42	3 763,71	3 956,00	4 148,29	4 340,58	4 532,87	4 725,16	4 917,45	5 109,74	5 302,03	5 494,32	5 686,61	5 878,90		
A 15		3 809,97	4 021,38	4 232,79	4 444,20	4 655,61	4 867,02	5 078,43	5 289,84	5 501,25	5 712,66	5 924,07	6 135,48	6 346,89	6 558,30	6 769,71	
A 16		4 234,60	4 479,11	4 723,62	4 968,13	5 212,64	5 457,15	5 701,66	5 946,17	6 190,68	6 435,19	6 679,70	6 924,21	7 168,72	7 413,23	7 657,74	

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	6 769,71
B 2		8 028,94
B 3	I a	8 400,10
B 4		8 958,43
B 5		9 598,97
B 6		10 203,87
B 7		10 792,26
B 8		11 405,56
B 9		12 167,04
B 10		14 531,68
B 11		15 865,28

**Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in DM)**

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besol- dungs- gruppe	Ortzu- schlag Tami- klasse	Dienstaltersstufe										Dienstaltersstufe				
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1		3 282,85	3 431,14	3 579,43	3 727,72	3 876,01	4 024,30	4 172,59	4 320,88	4 469,17	4 617,46	4 765,75	4 914,04	5 062,33	5 210,62	
C 2	I b	3 292,01	3 528,33	3 764,65	4 000,97	4 237,29	4 473,61	4 709,93	4 946,25	5 182,57	5 418,89	5 655,21	5 891,53	6 127,85	6 364,17	6 600,49
C 3		3 720,33	3 987,90	4 255,47	4 523,04	4 790,61	5 058,18	5 325,75	5 593,32	5 860,89	6 128,46	6 396,03	6 663,60	6 931,17	7 198,74	7 466,31
C 4	I a	4 818,09	5 087,06	5 356,03	5 625,00	5 893,97	6 162,94	6 431,91	6 700,88	6 969,85	7 238,82	7 507,79	7 776,76	8 045,73	8 314,70	8 583,67

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung B

[illegible]

Anlage 2 (Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992.
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	1 034,98	1 200,08	1 341,35
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	873,09	1 038,19	1 179,46
I c	A 9 bis A 12	775,93	941,03	1 082,30
II	A 1 bis A 8	730,94	888,16	1 029,43

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 141,27 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 620,75 DM
Tarifklasse II 584,76 DM

Anlage 3a (Anlage VIa des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 416	1 673	1 930	2 187	2 444	2 701	2 958	3 215	3 472	3 729	3 986	4 243
A 9	1 665	1 942	2 219	2 496	2 773	3 050	3 327	3 604	3 881	4 158	4 435	4 712
A 10	1 883	2 170	2 457	2 744	3 031	3 318	3 605	3 892	4 179	4 466	4 753	5 040
A 11	2 057	2 358	2 659	2 960	3 261	3 562	3 863	4 164	4 465	4 766	5 067	5 368
A 12	2 289	2 608	2 927	3 246	3 565	3 884	4 203	4 522	4 841	5 160	5 479	5 798
A 13	2 517	2 849	3 181	3 513	3 845	4 177	4 509	4 841	5 173	5 505	5 837	6 169
A 14	2 750	3 093	3 436	3 779	4 122	4 465	4 808	5 151	5 494	5 837	6 180	6 523
A 15	3 071	3 443	3 815	4 187	4 559	4 931	5 303	5 675	6 047	6 419	6 791	7 163
A 16 bis B 2 ...	3 259	3 651	4 043	4 435	4 827	5 219	5 611	6 003	6 395	6 787	7 179	7 571
B 3 und B 4 ...	3 259	3 665	4 078	4 491	4 904	5 317	5 730	6 143	6 556	6 969	7 382	7 795
B 5 bis B 7	3 604	4 060	4 516	4 972	5 428	5 884	6 340	6 796	7 252	7 708	8 164	8 620
B 8 und höher .	3 876	4 393	4 910	5 427	5 944	6 461	6 978	7 495	8 012	8 529	9 046	9 563

Anlage 3b (Anlage VIb des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 204	1 422	1 640	1 858	2 076	2 294	2 512	2 730	2 948	3 166	3 384	3 602
A 9	1 415	1 650	1 885	2 120	2 355	2 590	2 825	3 060	3 295	3 530	3 765	4 000
A 10	1 601	1 845	2 089	2 333	2 577	2 821	3 065	3 309	3 553	3 797	4 041	4 285
A 11	1 748	2 004	2 260	2 516	2 772	3 028	3 284	3 540	3 796	4 052	4 308	4 564
A 12	1 946	2 217	2 488	2 759	3 030	3 301	3 572	3 843	4 114	4 385	4 656	4 927
A 13	2 139	2 421	2 703	2 985	3 267	3 549	3 831	4 113	4 395	4 677	4 959	5 241
A 14	2 338	2 630	2 922	3 214	3 506	3 798	4 090	4 382	4 674	4 966	5 258	5 550
A 15	2 610	2 926	3 242	3 558	3 874	4 190	4 506	4 822	5 138	5 454	5 770	6 086
A 16 bis B 2 ...	2 770	3 103	3 436	3 769	4 102	4 435	4 768	5 101	5 434	5 767	6 100	6 433
B 3 und B 4 ...	2 770	3 115	3 466	3 817	4 168	4 519	4 870	5 221	5 572	5 923	6 274	6 625
B 5 bis B 7	3 063	3 451	3 839	4 227	4 615	5 003	5 391	5 779	6 167	6 555	6 943	7 331
B 8 und höher .	3 295	3 734	4 173	4 612	5 051	5 490	5 929	6 368	6 807	7 246	7 685	8 124

Anlage 3 c (Anlage VI c des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	991	1 171	1 351	1 531	1 711	1 891	2 071	2 251	2 431	2 611	2 791	2 971
A 9	1 165	1 359	1 553	1 747	1 941	2 135	2 329	2 523	2 717	2 911	3 105	3 299
A 10	1 318	1 519	1 720	1 921	2 122	2 323	2 524	2 725	2 926	3 127	3 328	3 529
A 11	1 440	1 651	1 862	2 073	2 284	2 495	2 706	2 917	3 128	3 339	3 550	3 761
A 12	1 602	1 825	2 048	2 271	2 494	2 717	2 940	3 163	3 386	3 609	3 832	4 055
A 13	1 762	1 994	2 226	2 458	2 690	2 922	3 154	3 386	3 618	3 850	4 082	4 314
A 14	1 925	2 165	2 405	2 645	2 885	3 125	3 365	3 605	3 845	4 085	4 325	4 565
A 15	2 150	2 410	2 670	2 930	3 190	3 450	3 710	3 970	4 230	4 490	4 750	5 010
A 16 bis B 2 ...	2 281	2 555	2 829	3 103	3 377	3 651	3 925	4 199	4 473	4 747	5 021	5 295
B 3 und B 4 ...	2 281	2 565	2 854	3 143	3 432	3 721	4 010	4 299	4 588	4 877	5 166	5 455
B 5 bis B 7	2 523	2 842	3 161	3 480	3 799	4 118	4 437	4 756	5 075	5 394	5 713	6 032
B 8 und höher .	2 713	3 075	3 437	3 799	4 161	4 523	4 885	5 247	5 609	5 971	6 333	6 695

Anlage 3 d (Anlage VI d des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
— Unterkunft und Verpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	694	820	946	1 072	1 198	1 324	1 450	1 576	1 702	1 828	1 954	2 080
A 9	815	951	1 087	1 223	1 359	1 495	1 631	1 767	1 903	2 039	2 175	2 311
A 10	923	1 064	1 205	1 346	1 487	1 628	1 769	1 910	2 051	2 192	2 333	2 474
A 11	1 008	1 156	1 304	1 452	1 600	1 748	1 896	2 044	2 192	2 340	2 488	2 636
A 12	1 121	1 277	1 433	1 589	1 745	1 901	2 057	2 213	2 369	2 525	2 681	2 837
A 13	1 233	1 395	1 557	1 719	1 881	2 043	2 205	2 367	2 529	2 691	2 853	3 015
A 14	1 347	1 515	1 683	1 851	2 019	2 187	2 355	2 523	2 691	2 859	3 027	3 195
A 15	1 505	1 687	1 869	2 051	2 233	2 415	2 597	2 779	2 961	3 143	3 325	3 507
A 16 bis B 2 ...	1 597	1 789	1 981	2 173	2 365	2 557	2 749	2 941	3 133	3 325	3 517	3 709
B 3 und B 4 ...	1 597	1 795	1 997	2 199	2 401	2 603	2 805	3 007	3 209	3 411	3 613	3 815
B 5 bis B 7	1 766	1 989	2 212	2 435	2 658	2 881	3 104	3 327	3 550	3 773	3 996	4 219
B 8 und höher .	1 899	2 152	2 405	2 658	2 911	3 164	3 417	3 670	3 923	4 176	4 429	4 682

Anlage 3e (Anlage VIe des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
— Unterkunft oder Verpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	842	995	1 148	1 301	1 454	1 607	1 760	1 913	2 066	2 219	2 372	2 525
A 9	990	1 155	1 320	1 485	1 650	1 815	1 980	2 145	2 310	2 475	2 640	2 805
A 10	1 120	1 291	1 462	1 633	1 804	1 975	2 146	2 317	2 488	2 659	2 830	3 001
A 11	1 224	1 403	1 582	1 761	1 940	2 119	2 298	2 477	2 656	2 835	3 014	3 193
A 12	1 362	1 552	1 742	1 932	2 122	2 312	2 502	2 692	2 882	3 072	3 262	3 452
A 13	1 498	1 695	1 892	2 089	2 286	2 483	2 680	2 877	3 074	3 271	3 468	3 665
A 14	1 636	1 840	2 044	2 248	2 452	2 656	2 860	3 064	3 268	3 472	3 676	3 880
A 15	1 828	2 049	2 270	2 491	2 712	2 933	3 154	3 375	3 596	3 817	4 038	4 259
A 16 bis B 2 ...	1 939	2 172	2 405	2 638	2 871	3 104	3 337	3 570	3 803	4 036	4 269	4 502
B 3 und B 4 ...	1 939	2 181	2 427	2 673	2 919	3 165	3 411	3 657	3 903	4 149	4 395	4 641
B 5 bis B 7	2 145	2 416	2 687	2 958	3 229	3 500	3 771	4 042	4 313	4 584	4 855	5 126
B 8 und höher .	2 306	2 614	2 922	3 230	3 538	3 846	4 154	4 462	4 770	5 078	5 386	5 694

Anlage 3f (Anlage VIIf des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 571	1 836	2 101	2 366	2 631	2 896	3 161	3 426	3 691	3 956	4 221	4 486
A 9	1 838	2 123	2 408	2 693	2 978	3 263	3 548	3 833	4 118	4 403	4 688	4 973
A 10	2 079	2 374	2 669	2 964	3 259	3 554	3 849	4 144	4 439	4 734	5 029	5 324
A 11	2 273	2 584	2 895	3 206	3 517	3 828	4 139	4 450	4 761	5 072	5 383	5 694
A 12	2 528	2 856	3 184	3 512	3 840	4 168	4 496	4 824	5 152	5 480	5 808	6 136
A 13	2 780	3 122	3 464	3 806	4 148	4 490	4 832	5 174	5 516	5 858	6 200	6 542
A 14	3 036	3 390	3 744	4 098	4 452	4 806	5 160	5 514	5 868	6 222	6 576	6 930
A 15	3 393	3 777	4 161	4 545	4 929	5 313	5 697	6 081	6 465	6 849	7 233	7 617
A 16 bis B 2 ...	3 613	4 017	4 421	4 825	5 229	5 633	6 037	6 441	6 845	7 249	7 653	8 057
B 3 und B 4 ...	3 628	4 054	4 480	4 906	5 332	5 758	6 184	6 610	7 036	7 462	7 888	8 314
B 5 bis B 7	4 045	4 514	4 983	5 452	5 921	6 390	6 859	7 328	7 797	8 266	8 735	
B 8 und höher .	4 380	4 912	5 444	5 976	6 508	7 040	7 572	8 104	8 636	9 168		

Anlage 3g (Anlage VIg des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 346	1 571	1 796	2 021	2 246	2 471	2 696	2 921	3 146	3 371	3 596	3 821
A 9	1 575	1 817	2 059	2 301	2 543	2 785	3 027	3 269	3 511	3 753	3 995	4 237
A 10	1 783	2 034	2 285	2 536	2 787	3 038	3 289	3 540	3 791	4 042	4 293	4 544
A 11	1 950	2 214	2 478	2 742	3 006	3 270	3 534	3 798	4 062	4 326	4 590	4 854
A 12	2 170	2 448	2 726	3 004	3 282	3 560	3 838	4 116	4 394	4 672	4 950	5 228
A 13	2 388	2 679	2 970	3 261	3 552	3 843	4 134	4 425	4 716	5 007	5 298	5 589
A 14	2 606	2 906	3 206	3 506	3 806	4 106	4 406	4 706	5 006	5 306	5 606	5 906
A 15	2 914	3 240	3 566	3 892	4 218	4 544	4 870	5 196	5 522	5 848	6 174	6 500
A 16 bis B 2 ...	3 104	3 447	3 790	4 133	4 476	4 819	5 162	5 505	5 848	6 191	6 534	6 877
B 3 und B 4 ...	3 123	3 485	3 847	4 209	4 571	4 933	5 295	5 657	6 019	6 381	6 743	7 105
B 5 bis B 7	3 484	3 883	4 282	4 681	5 080	5 479	5 878	6 277	6 676	7 075	7 474	
B 8 und höher .	3 777	4 229	4 681	5 133	5 585	6 037	6 489	6 941	7 393	7 845		

Anlage 3h (Anlage VIh des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 129	1 314	1 499	1 684	1 869	2 054	2 239	2 424	2 609	2 794	2 979	3 164
A 9	1 318	1 518	1 718	1 918	2 118	2 318	2 518	2 718	2 918	3 118	3 318	3 518
A 10	1 492	1 698	1 904	2 110	2 316	2 522	2 728	2 934	3 140	3 346	3 552	3 758
A 11	1 633	1 851	2 069	2 287	2 505	2 723	2 941	3 159	3 377	3 595	3 813	4 031
A 12	1 815	2 045	2 275	2 505	2 735	2 965	3 195	3 425	3 655	3 885	4 115	4 345
A 13	1 998	2 236	2 474	2 712	2 950	3 188	3 426	3 664	3 902	4 140	4 378	4 616
A 14	2 182	2 429	2 676	2 923	3 170	3 417	3 664	3 911	4 158	4 405	4 652	4 899
A 15	2 440	2 709	2 978	3 247	3 516	3 785	4 054	4 323	4 592	4 861	5 130	5 399
A 16 bis B 2 ...	2 601	2 884	3 167	3 450	3 733	4 016	4 299	4 582	4 865	5 148	5 431	5 714
B 3 und B 4 ...	2 619	2 917	3 215	3 513	3 811	4 109	4 407	4 705	5 003	5 301	5 599	5 897
B 5 bis B 7	2 927	3 255	3 583	3 911	4 239	4 567	4 895	5 223	5 551	5 879	6 207	
B 8 und höher .	3 178	3 552	3 926	4 300	4 674	5 048	5 422	5 796	6 170	6 544		

Anlage 3i (Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)
nach § 56 Abs. 1 Nr. 1

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16	206	236	266	296	326	356	386	416	446	476	506	536	206
B 1 bis B 11													

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 4 (Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1992

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1 206	1 322	315	105
A 5 bis A 8	1 390	1 546	364	105
A 9 bis A 11	1 472	1 650	420	105
A 12	1 685	1 876	444	105
A 13	1 734	1 934	459	105
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundes- besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 784	1 998	474	105

Anlage 5 (Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1992,
für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie für die
Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Juni 1992

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 44	bis zu 200,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00
§ 78	bis zu 150,00
§ 80a Abs. 1, 2	
Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes	120,00
des mittleren Dienstes	180,00
des gehobenen Dienstes	300,00
des höheren Dienstes	430,00
Absatz 3 Buchstabe a Nummer 1	500,00
Nummer 2	170,00
Buchstabe b Nummer 1	200,00
Nummer 2	120,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00
Nummer 4	100,00
Nummer 4 a	150,00
Nummer 5	
Die Zulage beträgt für Mannschaften, Unteroffiziere/ Beamte der Besoldungsgruppen A5 und A6	70,00
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A7 bis A9	100,00
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	150,00
Nummer 5 a	
Absatz 1 Buchstabe a	180,00
Buchstabe b	300,00
Buchstabe c	430,00
Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 2 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 3	130,00
Nr. 4 und 5	120,00
Nr. 6 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 7 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 8 Buchstabe a	250,00
Buchstabe b	130,00
Nr. 9	120,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	900,00
Buchstabe b	720,00
Buchstabe c	576,00

48/93

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 6a	200,00
Nummer 7	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
A1 bis A5	A5
A6 bis A9	A9
A10 bis A13	A13
A14, A15, B1	A15
A16, B2 bis B4	B3
B5 bis B7	B6
B8 bis B10	B9
B11	B11
Nummer 8 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A1 bis A5	223,45
A6 bis A9	307,25
A10 bis A13	391,04
A14 und höher	474,83
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	167,59
des gehobenen Dienstes	223,45
des höheren Dienstes	279,31
Nummer 8a	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A1 bis A5	122,90
A6 bis A9	167,59
A10 bis A13	206,69
A14 und höher	245,80
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	89,38
des gehobenen Dienstes	117,32
des höheren Dienstes	145,25
Nummer 8b	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A1 bis A5	201,11
A6 bis A9	256,97
A10 bis A13	335,18
A14 und höher	413,38
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	150,83
des gehobenen Dienstes	201,11
des höheren Dienstes	251,38
Nummer 8c	
Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes	100,00
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	220,00
des höheren Dienstes	300,00
Nummer 8d	
Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes	150,00
des mittleren Dienstes	200,00
des gehobenen Dienstes	220,00
des höheren Dienstes	250,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	111,73
von zwei Jahren	223,45

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Absatz 1 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	400,00
Buchstabe c	300,00
Absatz 2 Buchstabe a	80,00
Buchstabe b	100,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	111,73
von zwei Jahren	223,45
Nummer 11	$\frac{1}{2}$ des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	167,59
Nummer 13a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	331,89
Nummer 21	278,42
Nummer 23 Absatz 1	20,00
Absatz 2	45,00
Nummer 24	
Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere	20,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	45,00
Nummer 25	75,00
Nummer 26 Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes	33,34
des gehobenen Dienstes	75,00
Nummer 27	
Absatz 1 Buchstabe a	67,04
Buchstabe b Doppelbuchstabe aa	92,74
Doppelbuchstabe bb	167,59
Buchstabe c	178,76
Buchstabe d	178,76
Buchstabe e	67,04
Absatz 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb	74,86
Buchstaben c und d	111,73
Nummer 30	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 48,00
	2 34,67
	3 88,50
	6 44,69

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
A3	1, 5 88,50
	2 48,00
A4	1, 4 88,50
	2 48,00
A5	3 48,00
	4, 6 88,50
A6	6 48,00
A7	2 59,58
	5 50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grund- gehalt der Besoldungsgruppe A8
A8	2 76,79
Besoldungsgruppen	Fußnote
A9	2, 3, 6 357,30
	7 15 v. H. des Anfangs- grundgehalts der Besoldungsgruppe A9
A12	7, 8 207,51
A13	6 165,97
	7 248,94
	11, 12, 13 363,11
A14	5 248,94
A15	7 248,94
B10	1, 2 575,28
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b Buchstabe a	178,76
Buchstabe b	67,04
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C1	A13
für Beamte der Besoldungsgruppe C2	A15
für Beamte der Besoldungsgruppen C3 und C4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R1	402,00
der Besoldungsgruppe R2	450,00
Besoldungsgruppe	
C2	Fußnote
	1 204,04
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 1a	67,04
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besol- dungsgruppe(n)	
R1	R1
R2 bis R4	R3
R5 bis R7	R6
R8 bis R10	R9

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R1	A15
R2 bis R4	B 3
R5 bis R7	B 6
R8 bis R10	B 9
Nummer 4	75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
R1	1, 2 275,25
R2	3 bis 8, 10 275,25
R3	3 275,25
R8	2 550,39

22.01.93

In - Fz

Beschluß

des Deutschen Bundestages

zum

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund
und Ländern 1992

(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1992 - BBVAnpG 92)

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 135. Sitzung am 22. Januar 1993 zu dem von ihm verabschiedeten Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1992 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1992 - BBVAnpG 92) - Drucksachen 12/3629, 12/4165 - die nachfolgende EntschlieÙung in Drucksache 12/4165 - Buchstabe b der BeschluÙempfehlung angenommen:

Die Bundesregierung wird gebeten, dem Deutschen Bundestag Vorschläge zur besoldungs- und versorgungsrechtlichen Regelung der im Rahmen von humanitären und unterstützenden Maßnahmen im Ausland oder auf Schiffen und in Luftfahrzeugen außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes verwendeten Soldaten und Beamten des Bundes zu unterbreiten.

Die Bundesregierung wird ferner gebeten, für solche Fälle Regelungen der Amtshaftung vorzuschlagen.

Etwaigen in der Zwischenzeit anfallenden Fällen soll durch Rückwirkung Rechnung getragen werden.

12.02.93

Anrufung des Vermittlungsausschusses

durch den Bundesrat

zum

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern 1992 (Bundesbesoldungs- und -versorgungs-
anpassungsgesetz 1992 - BBVAnpG 92)

Der Bundesrat hat in seiner 652. Sitzung am 12. Februar 1993 beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 22. Januar 1993 verabschiedeten Gesetz zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes aus den in der Anlage angegebenen Gründen einberufen wird.

Anlage

G r ü n d e

für die Einberufung des Vermittlungsausschusses
zum
Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbe-
zügen in Bund und Ländern 1992 (Bundesbesoldungs- und
-versorgungsanpassungsgesetz 1992 - BBVAnpG 92)

1. Zu Teil 2 Artikel 6 Nr. 2 (§ 30 BBesG), Artikel 8 (2. BesÜV)
und Teil 3 Artikel 13 Abs. 2 Nr. 2 (Inkrafttreten)

a) In Teil 2 Artikel 6 Nr. 2 ist § 30 wie folgt zu ändern:

aa) In Absatz 1 ist folgender Satz 3 anzufügen:

"Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Zeiten einer
Tätigkeit als Angehöriger der Grenztruppen
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik."

bb) In Absatz 2

sind die Worte "Absatz 1"
durch die Worte "Absatz 1 Satz 1 und 2"
zu ersetzen.

- b) In Teil 2 ist Artikel 8 wie folgt zu fassen:

'Artikel 8

Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung

Die Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

In § 14 Abs. 3 wird die Angabe "31. Dezember 1993" durch die Angabe "31. Dezember 1994" ersetzt.'

- c) In Teil 3 sind in Artikel 13 Abs. 2 Nr. 2 die Worte "Artikel 8 Nr. 1," zu streichen.

Begründung:

Mit dem Antrag soll dem vom Bundesrat in seiner Stellungnahme im 1. Durchgang beschlossenen Anliegen (vgl. Ziffer 3 in Drucksache 508/92 - Beschluß -), dem auch die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zugestimmt hat, Rechnung getragen werden.

Nach dem Tarifvertragswortlaut (letzter Absatz der Übergangsvorschrift Nr. 4 zu § 19 BAT-O) sind von der Berücksichtigung als Beschäftigungszeiten neben den "Zeiten einer Tätigkeit als Angehöriger der Grenztruppen der DDR" auch Zeiten ausgeschlossen, die vor einer solchen Tätigkeit zurückgelegt worden sind.

Nach dem Wortlaut des Gesetzesbeschlusses des Bundestages würden diese Ausschlußtatbestände im Beamtenbereich nicht gelten.

2. Zu Teil 2 Artikel 11 (2. HStruktG) und Teil 3 Artikel 13 Abs. 2 Nr. 8 (Inkrafttreten)

- a) In Teil 2 ist Artikel 11 zu streichen.
- b) In Teil 3 sind in Artikel 13 Abs. 2 Nr. 8 die Worte "sowie Artikel 11" zu streichen.

Begründung:

Durch Artikel 11 sollen nach dem 31.12.1965 begründete Wahlbeamtenverhältnisse, denen ein vor dem 1.1.1966 begründetes anderes Beamtenverhältnis unmittelbar voranging, von der Abmilderung der Rentenanrechnung auf Versorgungsbezüge erfaßt werden. Diese Beschränkung ist nicht sachgerecht. Entweder muß es bei der bisherigen Rechtslage verbleiben oder der vorgesehene Ausnahmetatbestand muß für alle Beamtengruppen gelten.